

Stand: 30.12.2025 17:05:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3371

"Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2013"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3371 vom 09.10.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/6432 des HA vom 23.04.2015
3. Beschluss des Plenums 17/6867 vom 10.06.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 10.06.2015



Antrag

der Staatsregierung

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2013

Der Landtag wolle beschließen:

Aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2013 und des Jahresberichts des Bayerischen Obersten Rechnungshofs wird der Staatsregierung gem. Art. 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Art. 114 Abs. 2 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) für das Haushaltsjahr 2013 Entlastung erteilt.

Begründung:

Gemäß Art. 80 der Verfassung des Freistaates Bayern in Verbindung mit Art. 114 Abs. 1 BayHO wurde dem Landtag die Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2013 samt Anlagen übersandt*).

Die Haushaltsrechnung 2013 des Freistaates Bayern ist darüber hinaus ab sofort im Internet abrufbar unter <http://www.stmf.bayern.de/haushalt/haushaltsrechnungen/2013/>.

Der Bayerische Oberste Rechnungshof, dem gleichzeitig Ausfertigungen der Haushaltsrechnungen übersandt wurden, legt gemäß Art. 114 Abs. 1 BayHO seinen Bericht über die Rechnungsprüfung (Art. 97 BayHO) und seine Einzelrechnung dem Landtag unmittelbar vor.

Im Abschlussbericht*^{*)} zur Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2013 wurde eine ausführliche Darstellung über die staatliche Haushaltsführung gegeben.

Der nach Art. 3a Abs. 2 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung mit der Haushaltsrechnung vorzulegende Bericht über die Zugehörigkeit von Mitgliedern der Staatsregierung zu Gesellschaftsorganen im Jahr 2013 wurde dem Landtag ebenfalls vorgelegt*).

*) Von einem Abdruck wurde Abstand genommen.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

Antrag der Staatsregierung
Drs. 17/3371

**Entlastung der Staatsregierung aufgrund der
Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für
das Haushaltsjahr 2013**

I. Beschlussempfehlung:

1. Aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2013 und des Jahresberichts 2015 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs wird der Staatsregierung gemäß Art. 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Art. 114 Abs. 2 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) für das Haushaltsjahr 2013 Entlastung erteilt.
2. Die Staatsregierung wird gemäß Art. 114 Abs. 3 und 4 der BayHO ersucht,
 - a) den Schwerlastverkehr wirksamer zu kontrollieren und die Umsetzungs- und Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel zur Einrichtung fest installierter Kontrollstellen einschließlich ihrer Wirksamkeit zu prüfen, um den Schwerlastverkehr entsprechend zu kontrollieren.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 26 des ORH-Berichts).
 - b) diese Defizite gegebenenfalls unter Einbeziehung von Personalmaßnahmen zu beseitigen und dabei den Einsatz der hauptamtlichen Dozenten der ALP transparent zu planen und zu dokumentieren sowie deren Lehrtätigkeit zu erhöhen. Die Regelungen zur Arbeitszeit müssen überarbeitet, die Arbeitszeitkonten überprüft und korrigiert werden.
Dem Landtag ist bis zum 30.09.2015 zu berichten (TNr. 27 des ORH-Berichts).
 - c) dafür zu sorgen, dass die verbliebenen Mängel beim Museum Brandhorst baldmöglichst behoben werden, künftig bei Museumsneubauten schon vor Beginn der Planung überzogene Detailanforderungen zu vermeiden.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 28 des ORH-Berichts).
 - d) die Weiterentwicklung der Struktur des Deutschen Herzzentrums München (DHM) patientengerecht konstruktiv zu begleiten.
Dem Landtag ist bis zum 30.06.2015 zu berichten (TNr. 29 des ORH-Berichts).
 - e) eine effektive Bearbeitung der Differenzfälle für den Lohnsteuer-Abgleich sicherzustellen.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 30 des ORH-Berichts).
 - f) bei der Besteuerung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung die Hinweise des Risikomanagementsystems konsequent zu beachten und die Bearbeitungsqualität zu verbessern.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 31 des ORH-Berichts).
 - g) sicherzustellen, dass steuerpflichtige Veräußerungen von Anteilen an Kapitalgesellschaften vollständig erfasst und gründlicher geprüft werden.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 über die ergriffene Maßnahmen zu berichten (TNr. 32 des ORH-Berichts).
 - h) dafür Sorge zu tragen, dass die Zahl der alten Einsprüche in den Finanzämtern deutlich reduziert wird. Vor allem die Altfälle mit hohem Streitwert oder Steuerausfallrisiko sollten unverzüglich erledigt werden.
Über die Maßnahmen und deren Umsetzung ist dem Landtag bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 33 des ORH-Berichts).
 - i) die Personalausstattung der Finanzgerichte aufgrund der Ergebnisse der Fortschreibung der Personalbedarfsberechnung PEBB§Y-Fach 2016 und unter Berücksichtigung der Entwicklung der Klagen zu prüfen.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 34 des ORH-Berichts).

- j) in der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen den Immobilienbestand und dessen Nutzung vollständig zu erfassen und Maßnahmen zur Optimierung der Verwaltung zu prüfen. Dem Landtag ist bis zum 01.07.2016 zu berichten (TNr. 36 des ORH-Berichts).
- k) die Zuständigkeit für das Antragsverfahren bei der Sitzgemeinde zu prüfen. Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 38 des ORH-Berichts).
3. Der Landtag stellt gemäß Art. 114 Abs. 2 der BayHO fest, dass es bei der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP) in Dillingen organisatorische Defizite gibt.

Berichterstatter: **Hans Herold**
Mitberichterstatter: **Volkmar Halbleib**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 64. Sitzung am 21. April 2015, in seiner 65. Sitzung am 23. April 2015 und in seiner 66. Sitzung am 05. Mai 2015 beraten. Der Staatsregierung wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
Entlastung erteilt.

Die Ersuchen in Nummern 2 b, 2 c, 2 d, 2 f, 2 g, 2 j, 2 k und Nummer 3 der Beschlussempfehlung wurden einstimmig beschlossen.

Das Ersuchen in Nummer 2 a wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
beschlossen.

Das Ersuchen in Nummer 2 e wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthalten
beschlossen.

Das Ersuchen in Nummer 2 h wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
beschlossen.

Das Ersuchen in Nummer 2 i wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthalten
beschlossen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Staatsregierung

Drs. 17/3371, 17/6432

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaats Bayern für das Haushaltsjahr 2013

1. Aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2013 und des Jahresberichts 2015 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs wird der Staatsregierung gemäß Art. 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Art. 114 Abs. 2 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) für das Haushaltsjahr 2013 Entlastung erteilt.
2. Die Staatsregierung wird gemäß Art. 114 Abs. 3 und 4 der BayHO ersucht,
 - a) den Schwerlastverkehr wirksamer zu kontrollieren und die Umsetzungs- und Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel zur Einrichtung fest installierter Kontrollstellen einschließlich ihrer Wirksamkeit zu prüfen, um den Schwerlastverkehr entsprechend zu kontrollieren.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 26 des ORH-Berichts).
 - b) diese Defizite gegebenenfalls unter Einbeziehung von Personalmaßnahmen zu beseitigen und dabei den Einsatz der hauptamtlichen Dozenten der ALP transparent zu planen und zu dokumentieren sowie deren Lehrtätigkeit zu erhöhen. Die Regelungen zur Arbeitszeit müssen überarbeitet, die Arbeitszeitkonten überprüft und korrigiert werden.
Dem Landtag ist bis zum 30.09.2015 zu berichten (TNr. 27 des ORH-Berichts).
 - c) dafür zu sorgen, dass die verbliebenen Mängel beim Museum Brandhorst baldmöglichst behoben werden, künftig bei Museumsneubauten schon vor Beginn der Planung überzogene Detailanforderungen zu vermeiden.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 28 des ORH-Berichts).

- d) die Weiterentwicklung der Struktur des Deutschen Herzzentrums München (DHM) patientengerecht konstruktiv zu begleiten.
Dem Landtag ist bis zum 30.06.2015 zu berichten (TNr. 29 des ORH-Berichts).
- e) eine effektive Bearbeitung der Differenzfälle für den Lohnsteuer-Abgleich sicherzustellen.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 30 des ORH-Berichts).
- f) bei der Besteuerung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung die Hinweise des Risikomanagementsystems konsequent zu beachten und die Bearbeitungsqualität zu verbessern.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 31 des ORH-Berichts).
- g) sicherzustellen, dass steuerpflichtige Veräußerungen von Anteilen an Kapitalgesellschaften vollständig erfasst und gründlicher geprüft werden.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 über die ergriffene Maßnahmen zu berichten (TNr. 32 des ORH-Berichts).
- h) dafür Sorge zu tragen, dass die Zahl der alten Einsprüche in den Finanzämtern deutlich reduziert wird. Vor allem die Altfälle mit hohem Streitwert oder Steuerausfallrisiko sollten unverzüglich erledigt werden.
Über die Maßnahmen und deren Umsetzung ist dem Landtag bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 33 des ORH-Berichts).
- i) die Personalausstattung der Finanzgerichte aufgrund der Ergebnisse der Fortschreibung der Personalbedarfsberechnung PEBB§Y-Fach 2016 und unter Berücksichtigung der Entwicklung der Klagen zu prüfen.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2016 zu berichten (TNr. 34 des ORH-Berichts).
- j) in der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen den Immobilienbestand und dessen Nutzung vollständig zu erfassen und Maßnahmen zur Optimierung der Verwaltung zu prüfen.
Dem Landtag ist bis zum 01.07.2016 zu berichten (TNr. 36 des ORH-Berichts).
- k) die Zuständigkeit für das Antragsverfahren bei der Sitzgemeinde zu prüfen.
Dem Landtag ist bis zum 30.11.2015 zu berichten (TNr. 38 des ORH-Berichts).

3. Der Landtag stellt gemäß Art. 114 Abs. 2 der BayHO fest, dass es bei der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP) in Dillingen organisatorische Defizite gibt.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Hans Herold

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Claudia Stamm

Abg. Ernst Weidenbusch

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Staatsminister Dr. Markus Söder

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 5 und 6** auf:

Antrag der Staatsregierung

Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2013 (Drs. 17/3371)

und

Antrag des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

auf Entlastung aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2013 für den Einzelplan 11 (Drs. 17/4422)

Dazu darf ich auf der Ehrentribüne den Herrn Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs Dr. Fischer-Heidberger in Begleitung von Herrn Janner begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen! Es hat eine gute Tradition, dass Sie dieser Debatte beiwohnen.

(Allgemeiner Beifall)

Damit eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 48 Minuten vereinbart. Die Verteilung ist bekannt. Als erster Redner hat Herr Kollege Herold das Wort.

Hans Herold (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer wieder schön, wenn man gute Botschaften verkünden kann. So bescheinigt der ORH der Staatsregierung insgesamt eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung. Dieser Bericht des Obersten Rechnungshofs enthält im allgemeinen haushalts- und finanzwirtschaftlichen Teil keine Beanstandung. Damit kann man immer wieder feststellen: Bayern ist und bleibt das Land mit den solidesten Staatsfinanzen.

(Beifall bei der CSU)

Das kann man auch anhand der Fakten immer wieder belegen: Zum Beispiel haben wir in Bayern eine Investivquote von 11,8 %; demgegenüber liegt sie in Nordrhein-Westfalen bei 9 %. Die Zinsausgaben liegen im Freistaat Bayern – man höre und staune – bei 1,7 %, demgegenüber in Nordrhein-Westfalen bei 5,3 %.

Ein ganz entscheidender Punkt ist folgender: Die Pro-Kopf-Verschuldung im Freistaat Bayern beläuft sich auf 2.376 Euro. Das ist der niedrigste Wert im bundesweiten Vergleich. Im Durchschnitt der anderen Flächenländer West beläuft sie sich auf 8.854 Euro; das ist mehr als dreimal so hoch. Und jetzt passen Sie gut auf, liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der SPD: Die Pro-Kopf-Verschuldung in Nordrhein-Westfalen bei unserer Schuldenkönigin Hannelore Kraft beläuft sich auf 11.500 Euro; das ist fast viermal so hoch wie im Freistaat Bayern.

Ich meine, da kann man wirklich mit großem Stolz sagen: Die Haushalts- und Wirtschaftsdaten, die wir im Freistaat Bayern aufzuweisen haben, sind immer wieder sehr beeindruckend. Deswegen gelten heute mein Dank und meine große Anerkennung unserer Bayerischen Staatsregierung für ihre wirklich zukunftsorientierte und vorbildliche Finanzpolitik. Herzlichen Dank dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Ein ganz besonderes Dankeschön möchte ich auch an unseren Finanzminister Dr. Markus Söder und an die beiden Staatssekretäre Albert Füracker und Johannes Hintersberger richten. Darin einbezogen sind natürlich auch die tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gesamten Staatsverwaltung im Freistaat Bayern. Was unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie unsere Beamtinnen und Beamte leisten können, haben sie in der letzten Woche beim G-7-Gipfel in Elmau bewiesen. Auch dafür will ich noch einmal ganz bewusst ein herzliches Dankeschön aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke Ihnen, sehr verehrter Herr Präsident Dr. Fischer-Heidlberger, und Ihrer gesamten Mannschaft vom ORH für die wichtige Arbeit, die Sie für uns leisten.

Gerade auch mit unserer nachhaltigen und zukunftsorientierten Finanzpolitik im Freistaat Bayern nehmen wir unsere Verantwortung gegenüber der jungen Generation wahr. Diese Finanzpolitik ist – das betone ich immer wieder sehr deutlich – das große Markenzeichen der Bayerischen Staatsregierung. Diese erfolgreiche bayerische Finanzpolitik ist, wie ich schon gesagt habe, einmalig in Deutschland, aber auch einmalig in ganz Europa.

Lieber Kollege Bernhard Pohl, ich muss Sie mal ganz kurz stören, ich bitte um Verständnis. Der Kollege Pohl ist der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FREIEN WÄHLER, und ich bin ihm – das muss ich ganz ehrlich sagen – sehr dankbar für seine faire Aussage, die er in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 21. April 2015 gemacht hat. Er hat nämlich gesagt – ich zitiere –, die finanzielle Situation des Freistaats Bayern sei im Vergleich – und ich sage ganz bewusst: im Vergleich – zur finanziellen Situation anderer Bundesländer und vieler Staaten in Europa positiv zu bewerten. Vielen Dank, lieber Kollege Pohl für diese wirklich faire Aussage. Wo Sie recht haben, haben Sie recht.

Der ORH hat in seinem Jahresbericht gefordert, in konjunkturell guten Jahren mit einem positiven Finanzierungssaldo zu planen. Diesem Anliegen des ORH wurde insbesondere mit unserem Doppelhaushalt 2015/2016 Rechnung getragen. Das heißt konkret: Alle laufenden Ausgaben sind vollständig durch laufende Einnahmen gedeckt.

Ein ganz wichtiger Punkt, den ich seitens der CSU-Fraktion noch ansprechen möchte, ist das Thema Schuldenabbau. Der ORH fordert in seinem Bericht zu Recht, einen angemessenen Anteil der Steuermehreinnahmen für die Schuldentilgung einzuplanen. Der Freistaat Bayern hat sich als einziges Land in Deutschland – ich wiederhole: als

einziges Land in Deutschland – gesetzlich verpflichtet, seine Staatsverschuldung bis zum Jahr 2030 vollständig abzubauen.

Natürlich – das wissen Sie alle so gut wie ich – ist dies ein sehr ehrgeiziges Ziel, insbesondere angesichts der derzeitigen großen Herausforderungen durch die Flüchtlings- und Asylsituation. Ich sage aber auch: Wenn ein Land in Deutschland dieses Ziel erreichen kann, dann ist es nur der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ich betone auch: Der Schuldenabbau wird tatsächlich vorgenommen. Im allgemeinen Haushalt sollen in den Jahren 2012 bis 2016 insgesamt rund 3,6 Milliarden Euro Altschulden getilgt werden; das ergibt bis zum Jahre 2030 Zinseinsparungen in Höhe von immerhin 1,3 Milliarden Euro. Natürlich werden die Anstrengungen zum Schuldenabbau in den nächsten Jahren noch verstärkt werden müssen, um dieses Abbauziel auch zu erreichen. Dafür sind deutliche Verbesserungen notwendig, insbesondere bei der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs.

Ich möchte mich ganz herzlich auch bei unserem Ministerpräsidenten Horst Seehofer und bei unserem Finanzminister Dr. Markus Söder für die wichtige Arbeit bedanken, die gerade in diesem Bereich geleistet wird. Meine Damen und Herren, Sie wissen alle, dass der Anteil des Freistaates Bayern am Länderfinanzausgleich derzeit sage und schreibe rund 55 % beträgt. Seit dem Jahre 1990 haben wir als damals ärmeres Bundesland 3,4 Milliarden Euro bekommen. Zwischenzeitlich aber haben wir über 50 Milliarden Euro einbezahlt, Tendenz steigend. Deswegen appelliere ich heute auch an die Kolleginnen und Kollegen der SPD, uns im Interesse des Freistaates Bayern zu unterstützen, um entsprechende Änderungen vornehmen zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ganz bewusst eine Aussage des Präsidenten des ORH, Dr. Heinz Fischer-Heidlberger, in der Sitzung des Ausschusses vom 21. April 2015 hervorheben. Kollege Volkmar Halbleib und Kollegin Claudia Stamm, bitte gut aufpassen: Der Präsident des ORH hat gesagt, die bayerische Haushaltspoli-

tik sei gut und richtig. Man sei in Bayern gut aufgestellt. Vor diesem Hintergrund sei darum zu bitten, an dem eingeschlagenen Weg der soliden und generationsgerechten Finanzpolitik festzuhalten.

Darauf können Sie sich natürlich bei der CSU verlassen. Wir haben seit dem Jahr 2006 einen schuldenfreien Haushalt. Zeigen Sie mir ein anderes Bundesland in Deutschland, das eine so erfolgreiche Bilanz vorweisen kann!

Ich möchte auch noch ein paar Informationen in Bezug auf die Stellensituation geben, die ebenfalls im Bericht angesprochen wurde. Wir haben in dem Berichtszeitraum Stellenmehrungen vorgenommen, insbesondere in wichtigen politischen Bereichen: Bei den Schulen sind es plus 12.200 Stellen, bei den Hochschulen plus 5.600 Stellen, bei der Polizei plus 2.100 Stellen, bei den Finanzämtern plus 600 Stellen, beim Justizvollzug plus 300 Stellen. Bei der allgemeinen Verwaltung wurden 1.800 Stellen abgebaut.

Ich sage mit großem Selbstbewusstsein, dass wir gerade auch im Bereich der Steuer- und Finanzverwaltung in den letzten Jahren enorm viel getan haben. Im Doppelhaushalt 2013/2014 haben wir 600 neue Anwärterstellen geschaffen, im Doppelhaushalt 2015/2016 500, im Doppelhaushalt 2009/2010 2x500 neue Planstellen, im Doppelhaushalt 2013/2014 2x200 neue Planstellen, und mit dem Nachtragshaushalt 2014 haben wir die 150 Stellen für die Kfz-Steuerstellen erhalten.

Auch sollte man bei dieser Diskussion wissen – ich denke, das ist ganz wichtig –, dass wir derzeit 2.064 – ich wiederhole: 2.064 – Anwärterinnen und Anwärter in der Ausbildung haben. Das ist eine absolute Rekordzahl. Hierdurch sind die Ausbildungskapazitäten im Moment gewissermaßen erschöpft. Dies gilt für unsere Finanzschule in Ansbach, aber auch für die Beamtenfachhochschulen in Herrsching und in Kaufbeuren, die alle voll belegt sind.

Lieber Kollege Halbleib, noch ganz kurz eine wichtige Botschaft: Damit kann nicht nur jeder ausscheidende Steuerbeamte ersetzt werden – dies werden Sie sicherlich nach-

her ansprechen -, sondern vielmehr wird die Personalstärke insgesamt erhöht. Damit werden unsere Finanzämter nachhaltig personell verstärkt. Das heißt konkret, meine Damen und Herren: Bayern hat nach wie vor eine hohe Steuerdeckungsquote. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bei unseren tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Steuerverwaltung und auch der Finanzverwaltung bedanken.

(Beifall bei der CSU)

Mit dieser nachhaltigen Finanzpolitik, wie ich sie soeben geschildert habe, vererben wir unseren Kindern keine Schulden, sondern Zukunftschancen. Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion werden auch in Zukunft Gewähr für diese solide, verantwortungsvolle Finanzpolitik bieten.

Die CSU-Fraktion wird der Entlastung der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung des Freistaates Bayern mit größter – ich betone: mit größter – Überzeugung zustimmen. Gleichzeitig beantrage ich für die CSU-Fraktion die Entlastung des Obersten Rechnungshofs aufgrund des Beitrags zur Haushaltsrechnung 2013 für den Einzelplan 11. - Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Herold. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Kollege Halbleib. Bitte sehr.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident Fischer-Heidberger! Zu Beginn und an prominenter Stelle ein herzliches Dankeschön an Sie, Herr Präsident, und an den gesamten Bayerischen Obersten Rechnungshof, an dessen gesamtes Team, für die hervorragende Arbeit und für die unverzichtbare Kontrollfunktion, die der Oberste Rechnungshof auch bei diesem Jahresbericht überzeugend erfüllt hat.

Gleich vorweg und verbunden mit einem Dankeschön darf ich sagen: Wir werden den Bayerischen Obersten Rechnungshof – auch das ist Gegenstand dieser Debatte –, verbunden mit unserer großen Anerkennung für seine Tätigkeit, selbstverständlich entlasten. Ein nochmaliges Dankeschön, Herr Präsident, für Ihre unverzichtbare Kontrollarbeit. Sie nehmen uns einen Teil der Kontrollarbeit ab. Sie unterstützen uns auch in wichtigen Dingen. Danke schön von diesem Platz aus.

Mein Kollege Hans Herold hat die vermehrte Redezeit für die CSU wieder einmal nicht genutzt, um ausgeprägt zur Sache zu sprechen, sondern um sich der Lobhudelei zu widmen.

(Hans Herold (CSU): Die Wahrheit muss man sagen!)

Selbstverständlich, Herr Kollege Herold, ist die wirtschaftliche Lage, sind damit die Steuereinnahmen und auch der Staatshaushalt in Bayern gut. Das haben wir nie bestritten. Im Gegenteil haben wir immer betont, dass wir über unsere Beteiligung an der Bundesregierung, auch mit unserer Wirtschaftspolitik in den Kommunen und vor allem mit unseren Akzenten in der Steuerpolitik – ich nenne nur die Selbstanzeigen, die Milliarden an Zusatzeinnahmen gebracht haben, gegen die Sie gewettert haben – dafür gesorgt haben. Das haben Sie also uns und nicht Ihrer Politik zu verdanken. An dieser Stelle darf das einmal gesagt werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Herold, den Maßstäben, die Sie sich als CSU setzen, die sich die Staatsregierung selbst setzt und die sehr hoch sind, werden Sie zumindest in vielen Punkten nicht gerecht. Daher versteht es sich wohl von selbst, dass wir aufgrund der vom Obersten Rechnungshof festgestellten Sachverhalte der Staatsregierung für das Jahr 2013 keine Entlastung erteilen können. Der aktuelle Jahresbericht, den wir heute debattieren, zeigt neue Beispiele für fiskalische Defizite, organisatorische Mängel und auch für ein administratives Versagen der Bayerischen Staatsregierung zulasten der

bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die Sie zu erwähnen vergessen haben.

Wir wollen auch den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen danken. Der Oberste Rechnungshof dokumentiert, dass die Bayerische Staatsregierung in diesem Rechnungslegungsjahr viel auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu verantworten hat. Deshalb, Herr Kollege Herold, ist nicht Überheblichkeit, sondern sind Selbstkritik und auch Besserungsgelöbnisse angesagt. Die hätten Sie von dieser Stelle aus einmal abgeben sollen, anstatt sich immer nur in Lobhudelei zu verlieren. Das dient weder den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern noch unserer Arbeit hier im Parlament.

(Beifall bei der SPD)

Da Sie die Schuldentilgung derart in den Mittelpunkt stellen, darf ich an dieser Stelle erwähnen, dass es nur wenige Jahre her ist, dass Sie mit einer Schuldenaufnahme von 10 Milliarden eine drastische Verschuldung des Freistaates Bayern politisch zu verantworten hatten. Das sollten Sie an dieser Stelle sagen. Die Schuldentilgung kommt zum großen Teil aus von der EU auferlegten Rückzahlungen, wodurch diese 10 Milliarden zumindest teilweise wieder in den Haushalt des Freistaates Bayern zurückkehren. Sie gründen Ihre Schuldentilgung also auf einem großen Desaster Ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das ist die Wahrheit, Herr Kollege Herold, und diese sollten Sie hier auch einmal bekennen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben das Thema Länderfinanzausgleich angesprochen und deutlich gemacht, dass Sie unsere Unterstützung erwarten. Aber es war doch umgekehrt, Herr Kollege Herold: Im Bayerischen Landtag haben wir Sie beim Thema Länderfinanzausgleich zum Jagen tragen müssen. Das Problem besteht darin, dass Sie den Länderfinanzausgleich, den Sie jetzt so massiv kritisieren, verantwortlich verhandelt und hier im

Landtag auch noch gelobt haben. Sie deuten auf uns, aber drei Finger zeigen auf Sie zurück. Das ist die Wahrheit auch beim Thema Länderfinanzausgleich.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Was Nordrhein-Westfalen angeht, sollte man durchaus einmal anerkennen, dass dieses Land unterm Strich 1,5 Milliarden Euro in die Solidarität des Länderfinanzausgleichs einzahlt.

(Hans Herold (CSU): Wir zahlen 5,5 Milliarden!)

- Ich sage nur: Dies geschieht unter wesentlich schwierigeren finanziellen Rahmenbedingungen. Weiter will ich das nicht bewerten, aber Nordrhein-Westfalen leistet seinen Beitrag zur Solidarität unter wesentlich größeren Schwierigkeiten.

(Hans Herold (CSU): Das sollten Sie politisch ändern! – Weitere Zurufe von der CSU)

Das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt viele weitere Punkte, die man erwähnen kann und im Plenum des Landtags auch ansprechen muss.

Ich will ausnahmsweise mit einem Punkt beginnen, der leider nicht in diesem Bericht behandelt wird. Der Herr Finanzminister weigert sich seit fast 18 Monaten, zu einer Prüfungsanmerkung des Obersten Rechnungshofes inhaltlich Stellung zu nehmen. Das ist ein bemerkenswerter Umstand, der im Plenum des Bayerischen Landtags angesprochen werden muss. Mit dieser Haltung betreibt der Finanzminister ein Stück weit Obstruktionspolitik gegenüber dem Obersten Rechnungshof. Es geht um die Verlagerung der Bewertungsstelle der Finanzämter München-Stadt und München-Land nach Höchstädt, also nicht um eine große, komplexe Angelegenheit. Es bedeutet eine einmalige Missachtung seiner Arbeit, dass die Abgabe einer Stellungnahme zu einem

Einzelvorhaben seit 18 Monaten hintertrieben wird. Das ist nicht akzeptabel. Wir, das Parlament insgesamt, sollten das zurückweisen.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern die Staatsregierung auf, noch vor der Sommerpause ihren lange ausstehenden Bericht vorzulegen und damit ihrer Pflicht zur Unterrichtung des Parlaments nachzukommen. Einen entsprechenden Beschluss haben wir gefasst. Das bisherige Verhalten der Staatsregierung war nicht Ausdruck eines guten Umgangs mit dem Parlament. Dies gilt umso mehr, als der Finanzminister der Finanzkontrolle im Freistaat Bayern besonders verbunden sein müsste. An dem Verhalten in diesem Fall merkt man, dass dem leider nicht so ist. Sowohl diese Sache als auch die Angelegenheit Höchstädt selbst fällt in Ihren persönlichen Verantwortungsbereich, Herr Minister Söder. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie, was den Umgang mit dem Obersten Rechnungshof anbetrifft, Vorbild sind, auch für andere Ministerien. Das sind Sie bisher definitiv nicht.

Ich möchte auf eine Anmerkung des Kollegen Herold eingehen. Herr Herold, Sie haben den Schuldenabbau erwähnt. Ich habe Ihnen schon gesagt, dass ein Großteil der Schuldentilgung in der Rückzahlung der zur Stützung der Bayerischen Landesbank aufgenommenen Kredite besteht.

Sie haben vergessen, einen Punkt zu erwähnen, den auch der Oberste Rechnungshof moniert: Nach wie vor liegt uns kein Bericht über die Entwicklung der Beamtenversorgung vor. Die Vorlage hätte am Anfang der Legislaturperiode erfolgen müssen. Dass der Bericht nicht vorliegt, kann gute – vielmehr: schlechte – Gründe haben; denn die CSU hat massiv in die vom Landtag beschlossene Systematik der Pensionsvorsorge eingegriffen. Im Ergebnis der letzten Beschlüsse, die die Mehrheit dieses Hauses dazu gefasst hat, sind viele hundert Millionen Euro Pensionsvorsorge nicht geleistet worden. Sie haben das Geld aber auch nicht in die Schuldentilgung gesteckt, wie Sie es versprochen hatten. Angesichts Ihres Agierens im Zusammenhang mit der Pensi-

onsvorsorge und Ihres Umgangs mit den Pensionslasten müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie nur vermeintlich Schulden tilgen und stattdessen neue Schulden aufbauen, die künftige Generationen belasten. Sie wenden einen Taschenspielertrick an und betreiben eine Rechte-Tasche-linke-Tasche-Politik. Das ist kein Ausweis solider Finanzpolitik. Wir wünschen uns, dass die Vorsorge, die zu tätigen ist, eins zu eins im Haushalt abgebildet wird. Wir erwarten mit Spannung die Vorlage des seit langer Zeit ausstehenden Berichts. Auch hierfür ist das Finanzministerium verantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Herold, Sie haben die Bayerische Landesbank erwähnt. Ich weise nur darauf hin, dass die Risiken nach wie vor hoch sind. Das ist allen bekannt. Es ist durchaus offen, wie lange die Eigenkapitalausstattung der BayernLB ausreicht. Das muss auch einmal gesagt werden.

Einige Vorgänge sind zwar abgeschlossen, haben aber zu hohen Verlusten geführt. Allein die Veräußerung des ABS-Portfolios schlägt mit einem Verlust von 3,6 Milliarden Euro zu Buche. Das Engagement bei der MKB-Bank in Ungarn, deren Verkauf Gott sei Dank abgeschlossen ist, hat einen Verlust von 2,1 Milliarden Euro verursacht. Das sind insgesamt 5,7 Milliarden Euro. Auch das erwähnt der Oberste Rechnungshof in seinem Bericht. Wir müssen in Bezug auf die Entwicklung der Landesbank nach wie vor sehr aufmerksam sein. Dieses Thema muss auf unserem Radar bleiben. Herr Herold, Sie haben nur Schönwettermeldungen abgeliefert. Wir sehen die Gesamtverantwortung und haben auch die Risiken im Blick.

Ich komme zu einem sehr wichtigen Punkt – Herr Kollege Herold, auch darauf sind Sie nur unzureichend eingegangen –: Zum 18. Mal steht in einem Bericht des Obersten Rechnungshofes die Finanz- bzw. Steuerverwaltung des Freistaates Bayern im Fokus und wird mit besonderer Kritik versehen. Das ist der vierte entsprechende Bericht, seit Markus Söder im November 2011 Finanzminister wurde. Der ORH beklagt in diesem

Jahresbericht wiederum Steuerausfälle in Millionenhöhe und listet Probleme bzw. Fehler im Einzelnen auf. Die Steuerausfälle resultieren aus Unzulänglichkeiten bei der Besteuerung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung und von Veräußerungsgewinnen, aus der ungenügenden Erledigung steuerlicher Altfälle sowie aus Schwierigkeiten beim Lohnsteuerabgleich.

Ein wesentlicher Grund für den mangelhaften Steuervollzug in Bayern ist nach wie vor die unzureichende Personalausstattung der Finanzämter. Darüber sollten wir uns einig sein. Ich fordere Sie an dieser Stelle auf, endlich alle Stellen, die im Haushaltsplan abgebildet sind, mit aktiven Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten zu besetzen. Viele Stellen sind nach wie vor blockiert, obwohl sie dringend notwendig sind, damit die Steuerverwaltung ihre Aufgaben umfassend erfüllen kann. Herr Herold, Sie haben die Arbeit der Finanzbeamten gelobt; dem Lob schließe ich mich an. Aber davon können sie sich keine guten Bedingungen für ihre Arbeit organisieren. Dafür müssen sie ihre Eigenmotivation permanent hochhalten; das machen sie. Aber irgendwann ist die Grenze erreicht. Die Personalausstattung ist wirklich auf Kante genäht. Herr Söder, Sie sind verantwortlich dafür, dass die Finanzbeamten ihrer Arbeit insgesamt nicht vollständig und nicht ordnungsgemäß nachgehen können. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Die letzten Sekunden meiner Redezeit möchte ich nutzen, um dem Finanzminister, der sich auch als Schlösserminister und im weitesten Sinne Empfangsminister des Freistaates Bayern fühlt, noch etwas zu sagen: Es ist schon markant, dass die Bayerische Schlösserverwaltung gerade unter dem Finanzminister Söder bis heute keine Aussagen zur Wirtschaftlichkeit ihres Betriebs treffen kann. Der Oberste Rechnungshof moniert, dass keine aussagekräftige Kosten- und Leistungsrechnung vorliegt, dass der Immobilienbestand und dessen Nutzung nicht vollständig erfasst werden und der Ressourceneinsatz intransparent ist. Das ist kein gutes Zeugnis für den Finanzminister, geht es doch um das Herzstück seines Aufgabenbereichs. Herr Finanzminister, es hat keinen Sinn, wenn Sie in den Schlössern schöne Empfänge abhalten. Das dient ver-

meintlich Ihrem Ruhm und Ihrer Ehre. Kümmern Sie sich stattdessen um Ihre dienstlichen Aufgaben! Damit haben Sie genug zu tun. – In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Halbleib. – Kollege Pohl spricht jetzt für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte sehr.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Kollege Herold, es ist richtig: Der Freistaat Bayern steht finanziell gut da. Zu dieser Einschätzung stehe ich. Das müssen wir auch all jenen deutlich sagen, die unsere Politik beobachten und unsere Arbeit kritisch hinterfragen. Der Freistaat Bayern steht auf gesunden Beinen; die Einnahmesituation ist sehr gut. Für diese positive Entwicklung tragen verschiedene Menschen Verantwortung: die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Menschen, die die Steuern, die wir einnehmen, erwirtschaften, aber auch der Bayerische Landtag und die Bayerische Staatsregierung.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Also alle!)

Aber ich werde hier keine Rede über Nordrhein-Westfalen halten. Ich weiß nicht, was das soll. Schon zu dem Tagesordnungspunkt, in dem es um die Frage G 8 oder G 9 ging, hat die CSU auf die Politik Nordrhein-Westfalens, positiv, verwiesen; in der Debatte über die Finanzpolitik stellen Sie Nordrhein-Westfalen als negatives Beispiel dar. Wir in Bayern müssen uns an der Entwicklung in unserem Freistaat messen lassen.

Ausgangspunkt meines Vergleichs ist das Jahr 2008, weil wir, die FREIEN WÄHLER, damals in den Bayerischen Landtag gekommen sind und seitdem hier Politik mitgestalten. Die Situation im Jahr 2008 war alles andere als komfortabel, alles andere als rosig, und, Herr Kollege Herold, damals habe ich zur finanziellen Situation des Freistaates auch ganz andere Worte gefunden. Ich sage nur: Am 3. Dezember 2008

wurde über Nacht ein Kredit von 10 Milliarden Euro aufgenommen, um die Bayerische Landesbank vor der Insolvenz zu retten. Wenn die Bayerische Landesbank in die Insolvenz gegangen wäre, hätten wir nicht von 10 Milliarden Euro, sondern von einem Vielfachen davon gesprochen, und dann würden wir uns nicht mehr darüber unterhalten, dass wir bei der Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland auf Platz 1 oder Platz 2 sind, je nachdem, ob man die Verbindlichkeiten, die wir damals für die BayernLB aufgenommen haben, einrechnet oder nicht. Damals hat unter der Regierung Stoiber ein Kahlschlag stattgefunden, ein Kahlschlag im Bereich der Beamten des Freistaates, der aufgeholt werden musste. Auch wenn wir noch nicht am Ziel sind, haben wir jetzt immerhin wieder 19.000 Beamte oder knapp 10 % Staatsdiener mehr als 2008. Sie sind insbesondere in den Schulen, den Hochschulen und bei der Polizei tätig. Das ist eine Politik, die wir mitverantworten, die wir mitgestaltet haben. Wir müssen unseren Beitrag nicht als den alleinigen darstellen, wir können aber schon selbstbewusst sagen, dass wir hierzu beigetragen haben, meine Damen und Herren.

Wir haben auch dazu beigetragen, dass sich die Situation der BayernLB trotz aller Risiken jetzt ganz anders darstellt, als dies noch vor sechseinhalb Jahren der Fall war. Wir haben drei wesentliche Risikofaktoren zur Seite geräumt, nämlich das Problem MKB Ungarn, das Problem US-Schrottpapiere und – ich sage vermeintlich – die Hypo Alpe Adria. Allerdings war dies schmerzlich. Wenn man diese drei Probleme zusammenrechnet, Kollege Halbleib, kommt man auf knapp 10 Milliarden Euro; denn die 3,825 Milliarden Euro der Hypo Alpe Adria müssen wir natürlich einrechnen. Jetzt haben wir immer noch ein Risiko in Höhe von 2,4 Milliarden Euro, Herr Staatsminister, 2,4 Milliarden Euro – ich bitte zuzuhören. Diese 2,4 Milliarden Euro, die im Feuer stehen, müssen wir von den Österreichern zurückholen. Sie haben unsere Rückendeckung, mit den Österreichern hart und unnachgiebig zu verfahren. Es gibt überhaupt keine Notwendigkeit und keinen Grund dafür, auch nur auf einen Euro zu verzichten.

Meine Damen und Herren, 2,4 Milliarden Euro sind für einen Haushalt trotzdem Risiken, die sich gewaschen haben. Ganz wegdiskutieren können wir das also nicht. Wir

sehen aber bei der BayernLB Gott sei Dank wieder Land. Wir können sagen: Wir sind aus dem Größten heraus.

Etwas, was wir in den vergangenen sechseinhalb Jahren noch nicht ausreichend geschafft haben und wo wir noch antreiben müssen, betrifft die Situation der Kommunen. Zwar bekommen die Landkreise, Städte und Gemeinden so viel wie noch nie. Das ist aber der guten Konjunktur und den guten Steuereinnahmen geschuldet. Es kann nicht sein, dass wir, die wir als Landesgesetzgeber treuhänderisch die Einnahmen für die Kommunen aus dem allgemeinen Steuerverbund bekommen, um sie teilweise weiterzureichen, uns immer noch nicht dazu durchgerungen haben, 15 % davon an die Kommunen abzugeben. Das muss sich ändern. Solange das nicht geändert ist, können wir, auch wenn es einige positive Dinge gibt, der Staatsregierung auch hier keine Entlastung erteilen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben – da bin ich dem Präsidenten des Obersten Rechnungshofes und seinen Mitarbeitern sehr dankbar – wieder wichtige Hinweise bekommen, wo Dinge im Argen liegen. Sie sind ein wichtiges Kontrollinstrument, und Sie warnen uns vor Übermut. Das ist sehr wichtig; denn es werden auch Zeiten kommen, in denen es schwieriger werden wird, mit den vorhandenen Geldern umzugehen. Herzlichen Dank an Sie und Ihre Mitarbeiter; herzlichen Dank aber auch an die Finanzverwaltung, die ebenfalls engagierte Arbeit leistet.

Einige Punkte möchte ich herausgreifen. Kollege Halbleib hat die Intransparenz bei der Schlösser- und Seenverwaltung angesprochen. Wir sollten wir uns nicht scheuen, die Kosten- und Leistungsrechnung wieder einzuführen. Die Begründung, Kultur könne man nicht mit Geld messen, trägt natürlich nicht. Das heißt ja nicht, dass alles, was zuschussbedürftig ist, gestrichen wird; das wissen Sie und wir alle genau. Wir müssen aber schon wissen, was uns wie viel kostet.

Bei einem anderen Kulturgut, nämlich der Brau- und Hopfenwirtschaft, sind wir allerdings dezidiert anderer Meinung als der Oberste Rechnungshof. Wir sagen, wir sollten davon die Finger lassen. Das gehört zum bayerischen Kulturgut. Es handelt sich auch wirklich nur um Beträge im unteren einstelligen Millionenbereich. Das sollten wir uns leisten. Wir sollten die Brau- und Hopfenwirtschaft nicht stärker an den Kosten beteiligen.

Ich füge einige Anmerkungen zu anderen wichtigen Punkten hinzu. Eine gute Haushaltslage ermöglicht es, stärker als bisher in den Erhalt des Staatsvermögens, insbesondere Staatsstraßen, und in den Bauunterhalt zu investieren. Meiner persönlichen Meinung nach würde es uns guttun, wenn wir die Doppik einführen würden; denn dann hätten wir ein realistischeres Bild davon, wie es mit unserem Vermögen aussieht.

Meine Damen und Herren, insbesondere weil die Situation der Kommunen unbefriedigend ist, aber auch weil gewisse Themen wie der Länderfinanzausgleich nach wie vor ungeregelt sind – das heißt, geregelt sind sie schon, aber nicht zu unserem Vorteil –, werden wir der Staatsregierung die Entlastung nicht erteilen, dem Obersten Rechnungshof aber schon.

Zum Länderfinanzausgleich noch eine kleine Anmerkung, die mir gestattet sei: Es ist nicht sehr clever, in der heißen Phase von Verhandlungen mit ausgerechnet den Ländern, die wir beim Länderfinanzausgleich brauchen, nämlich Hessen und Baden-Württemberg, einen Zank über Stromtrassen loszutreten, wenn wir doch mit der CSU gemeinsam der Meinung sind, dass wir überhaupt keine Stromtrassen brauchen. Diesen Streit haben wir zumindest zur Unzeit geführt, und er ist für die Verhandlungen über den Länderfinanzausgleich alles andere als hilfreich.

Zusammenfassend darf ich unsere Voten bekannt geben: Der Oberste Rechnungshof bekommt von uns die Entlastung, die Bayerische Staatsregierung nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, darf ich darauf hinweisen, dass im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt ohne vorherige Aussprache eine Wahl stattfindet. Darum sage ich jetzt schon Bescheid.

Frau Kollegin Stamm hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte sehr.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrter Herr Dr. Fischer-Heidberger, ich bedanke mich ganz herzlich auch im Namen meiner Fraktion für Ihre Arbeit. Herzlichen Dank dafür! Das hilft uns bei unserer Arbeit im Landtag immer.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Diesmal hatten Sie auch noch ein Schmankerl für uns, nämlich die Übersicht über alle Ministerien, über alle Einzelpläne und über alle Zahlen, Einnahmen und Ausgaben. Danke schön! Für uns als Opposition ist es sehr nützlich, dies so schön zusammengefasst und zusammengestellt zu bekommen.

Als größeres Schmankerl habe ich es empfunden, als der Rechnungshof ein klares und deutliches Statement gegen Public-Private-Partnership-Projekte abgegeben hat. Dies musste einen jeden ernsthaften Haushaltspolitiker oder eine jede ernsthafte Haushaltspolitikerin freuen; denn Public Private Partnership ist nichts anderes als verdeckte Verschuldung. Diese Projekte sind eben eine verdeckte Verschuldung. Sie dienen nicht der Transparenz und der Ehrlichkeit im Haushalt. PPP ist Staatsverschuldung mit einem Zinssatz, der nicht kalkulierbar ist.

Man kann in Berlin nicht den ausgeglichenen Haushalt verkünden und vorantreiben, aber ihn dann mit privat finanzierten öffentlichen Projekten erkaufen. Vielleicht können Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ihrem Kollegen in Berlin, dem Verkehrsminister, nahelegen, dass er wieder auf den Posten des Generalsekretärs wechseln sollte. Mit der Bemerkung im Zusammenhang mit dem G-7-Gipfel, dass er

oder sie – das war nicht so ganz klar erkennbar – es wieder einmal richtig gut hingekriegt hat, die Demonstranten wegzuschwemmen und danach herrliches Wetter zu machen, hat er sich einmal mehr ins Abseits gestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit einem Wechsel würde er uns auch davor bewahren, ein weiteres Mal von der EU verklagt zu werden. Als Stichwort nenne ich nur die Pkw-Maut. Dieser Minister betreibt mit einer so unglaublichen Vehemenz PPP-Projekte, dass es nicht in unserem Sinne hier im Landtag sein kann. Sie, Herr Dr. Fischer-Heidberger hatten in Ihrem Statement ganz deutlich und umfassend angesprochen, dass man auf keinen Fall der Verlockung durch PPP-Projekte nachgeben sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zahlen, die der ORH mit der Haushaltsrechnung 2013 klar darlegt, untermauern unsere Kritik an der Haushaltspolitik der Staatsregierung. 2013 war ein Wahljahr. Das merkt man diesem Haushalt deutlich an. Landauf, landab wurden Wahlgeschenke verteilt. Die Ausgaben sind bereinigt um knapp 7 % gestiegen. Das ist ein sehr hoher Wert. Die Investitionsausgaben sind überproportional um 8 % angestiegen. Es war eben ein Wahljahr, deswegen hat die Staatsregierung auch im Handumdrehen die Studiengebühren abgeschafft und die Kompensation dafür aus dem Staatshaushalt bereitgestellt. Diese Aktion war natürlich auch ganz klar mit den Wahlen im Herbst begründet.

Bei der Aufstellung des Haushalts hatten Sie noch einen Finanzierungssaldo mit einem Minus von knapp einer Milliarde Euro. Das ist keine vorausschauende und auch keine seriöse Haushaltspolitik der CSU-Staatsregierung; denn bei so hohen Annahmen darf man tatsächlich nur ein Ziel haben: Die Einnahmen müssen die Ausgaben decken, und nichts anderes. Es darf eben keinen Finanzierungssaldo im Minus geben.

Die hohen Steuereinnahmen haben dann dafür gesorgt, dass Bayern noch mehr in den Länderfinanzausgleich einzahlen musste. Das ist ganz logisch. Auch wir wollen den Länderfinanzausgleich gerechter gestalten. Das haben wir hier schon sehr oft betont. Lieber Herr Finanzminister, hier nutzt aber das ganze Jammern nichts. Legen Sie einfach einmal ein tragfähiges Konzept und nicht eine windelweiche Klage vor. Legen Sie ein solches Konzept vor, wie es das Land Baden-Württemberg schon gemacht hat, das darauf wartet, dass es auch die anderen Länder so machen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist dann viel besser!)

Die Zahlen verdeutlichen, dass wir die Staatsregierung nicht entlasten können.

Ein weiterer Grund, weswegen wir die Haushaltspolitik der Staatsregierung für nicht besonders glaubhaft halten, betrifft die Schuldentilgung. Vom Ministerpräsidenten wurde einmal die Idee in den Raum geworfen, bis 2030 alle Schulden zu tilgen. Obwohl die Steuereinnahmen massiv ansteigen, tilgt die Staatsregierung lediglich mit einer halben Milliarde Euro. Wenn Sie in diesem Tempo weitertilgen, würden wir nicht schon 2030 schuldenfrei sein, wie Sie es immer verkünden, sondern erst 2054. Die angekündigte Schuldentilgung entpuppt sich einmal mehr als großer Bluff. Wenn die Staatsregierung mit diesem Thema endlich glaubwürdig werden möchte, muss sie umgehend einen realen Tilgungsplan vorlegen und sich auch daran halten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ausgabereiste halte ich auch für ganz spannend, vor allem aufgrund der heutigen Meldung, dass die Stammstrecke in Form eines zweiten Tunnels in München ein großes Stück weitergekommen sei. Die Ausgabereiste steigen weiterhin um gut 13 % deutlich an und damit deutlich stärker als das Haushaltsvolumen. Das gilt insbesondere für die Investitionsförderungen. Warum wird dieses Geld gehortet? - Weil man an diesem Tunnel, an der zweiten Stammstrecke, festhält. Fraglich ist, ob die angesammelten Haushaltsreste überhaupt annähernd reichen, um die ständig auch offiziell steigenden Baukosten auszugleichen. Tatsache ist, dass Sie mit dem sturen Festhalten

an der zweiten Stammstrecke in Form eines Tunnels andere ÖPNV-Projekte verhindern, die München und die Umgebung Münchens endlich entlasten würden.

Zur Pensionsvorsorge. Das Finanzministerium ist uns seit Jahren den Bericht über die Pensionsvorsorge schuldig. Der letzte Bericht wurde 2007, also vor acht Jahren, gegeben. Die darin enthaltenen Zahlen sind sicherlich nicht mehr aktuell. Hier wird auch keiner abstreiten, dass die Zahlen nicht mehr aktuell sind. Wir haben also keine aktuellen Zahlen über die zukünftige Entwicklung der Versorgungsausgaben. Zu erwarten ist, dass sie weiter ansteigen, nämlich um das, was wir als Pensionen leisten müssen, und vor allem um die große Lücke im Versorgungsfonds. Ihr Plan war eigentlich, die Schulden zulasten des Pensionsfonds zu tilgen. Aber auch das kriegen Sie trotz der Steuerrekordeinnahmen nicht hin. Ihr Plan ist kein bisschen aufgegangen.

Ein wichtiger Punkt zum Schluss, und damit möchte ich gerne noch einmal mit einer Mär der CSU aufräumen. Sie verkünden immer, dass man dieses oder jenes tun müsse, weil der ORH es gesagt und in seinem Bericht aufgegriffen hat und Kritik übt. Es gibt eine riesengroße Baustelle. Jahr um Jahr wird vom ORH bemängelt: Die Steuerverwaltung ist massiv unterbesetzt. Aktuell können knapp 800 Stellen nicht regulär besetzt werden, weil sie für die Ausbildung gebraucht werden. Auch hierzu sei noch einmal gesagt: Ein Steuerbeamter oder eine Steuerbeamtin bringt um ein Vielfaches mehr, als er bzw. sie kosten würde. Da, liebe CSU, hören Sie aber nicht auf den ORH.

(Hans Herold (CSU): Das wird doch gemacht! Anschauen!)

Das beliebte Argument, der ORH habe gesagt, dass wir das tun müssen, hören wir allein in den Bereichen Bildung und Soziales. Diese Tatsache ist völlig einfach und simpel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Bitte hätte ich dezidiert an den ORH: Ich bitte ihn, dass er sich das Finanzgebaren rund um den G-7-Gipfel ganz genau anschaut. Das wäre dann in zwei Jahren ak-

tuell. Ich bin mir sicher, dass da einiges im Argen liegt. Das würde ich mir vom Bayerischen Obersten Rechnungshof wünschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich danke dem Rechnungshof noch einmal im Namen meiner Fraktion. Sie haben sicher gesehen, dass wir einige Punkte aus den einzelnen Kapiteln in Anträge haben einfließen lassen. Wir stimmen für die Entlastung des Rechnungshofs.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. - Kollege Weidenbusch für die CSU-Fraktion. Bitte sehr.

Ernst Weidenbusch (CSU): Wertes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, man darf sagen, dass wir alle mit der Arbeit des Obersten Rechnungshofs zufrieden sein dürfen. Ich kann aus der Arbeit des Haushaltsausschusses berichten, dass etwa in der Hälfte der Fälle die CSU zufrieden ist und sich auf den ORH beruft, und in der anderen Hälfte der Fälle die Opposition. Insofern, Herr Präsident Fischer-Heidelberger, liegen Sie ja nicht so ganz falsch, auch wenn ich mir als CSUler natürlich ein Verhältnis von 60 zu 40 zu unseren Gunsten wünschen würde. Ich darf auch sagen, dass man als Parlamentarier mit den Ministerien unterschiedliche Erfahrungen macht. Es gibt auch Ministerien, bei denen man sich ausgesprochen schwertut, etwas zu erreichen.

Mit großer Freude habe ich in der Beratung des ORH-Berichts gesehen, dass Sie durchaus auch einmal der Reißnagel im Hinterteil des Kultusministeriums sind. An dieser Stelle darf ich persönlich anmerken, dass ich mich freuen würde, wenn Sie das weiter so handhaben. Manche Ministerialbeamte muss man vonseiten des ORH darauf hinweisen, dass Handlungsbedarf besteht. Sie hatten sehr schön herausgearbeitet, dass wir eine Einrichtung haben, in welcher die Wochenarbeitszeit einzelner Mitar-

beiter nur 2,5 Stunden beträgt. Das würden sich viele wünschen. Ich hoffe, die Arbeit des ORH führt an der Stelle dazu, dass es einfach ein bisschen mehr wird.

Ich glaube, man kann auf der anderen Seite sagen – gut, der Kollege Halbleit hat gesagt, was er am Finanzministerium kritisch findet -, aber auf der anderen Seite darf man sagen, das Finanzministerium ist durchaus ein Ministerium, das die Anregungen des ORH ernst nimmt, sie aufnimmt und das natürlich ein Stück weit auch besonders froh sein kann über Ihre Arbeit. Das Finanzministerium sowie die Haushälter aller Fraktionen sind sich durchaus einig, dass die Schuldentilgung eine wichtige Aufgabe ist, und wenn Sie das in Ihrem ORH-Bericht immer wieder anmahnen und darauf hinweisen, dass man das auch noch ambitionierter tun kann, dann weiß der Realpolitiker, dass dies jedenfalls dazu führt, dass es so gut bleibt, wie es ist. Lassen Sie sich an dieser Stelle nicht beirren. Fordern Sie weiterhin mehr, damit es jedenfalls nicht weniger wird.

Sie wissen natürlich, dass ich mich nicht nur nach vorne begeben habe, um nur vom Licht zu reden, sondern möglicherweise auch vom Schatten. Wir hatten beim Bericht des ORH diesmal die Situation, dass nicht alle Dinge so perfekt funktioniert haben. Ich darf durchaus sagen: Auch der ORH ist nicht frei von jeglichen Fehlern und Mängeln. Die Idee, wie die Österreicher an der Autobahn eine Lkw-Kontrollstelle aufzubauen, mit der man Millionen verdienen kann, ist auf den ersten Blick bestechend. Auf den zweiten Blick ist diese Kontrollstelle allerdings an der einzigen Möglichkeit, auf der Autobahn über den Alpenhauptkamm zu fahren, und sie ist alternativlos. Das führt dazu, dass der Lkw immer dort vorbeifahren muss, wo die Österreicher ihre Kontrollstelle hingebaut haben. Das nennt man kluge Ausnutzung der vorhandenen Chancen. Wenn wir in Bayern nicht den Alpenhauptkamm ein zweites Mal aufschütten, haben wir nicht die Möglichkeit wie bei der Brenner-Autobahn, alle Lkws auf diese Autobahn zu zwingen, sondern wir können allenfalls für x-Millionen Euro eine Kontrollstelle irgendwo hinbauen. Die Lkw-Fahrer fahren dann auf der Bundesstraße oder der Kreisstraße außen daran vorbei, winken unserem Kontrollpersonal freundlich zu, und der Oberste

Rechnungshof kritisiert Jahre später die sinnlose Ausgabe von Millionen für diese Baumaßnahme. Deshalb hat der Haushaltsausschuss diese Maßnahme einstimmig vermieden.

Ich komme – das werden Sie erwartet haben – zu meinem Lieblingsthema. Soweit der Oberste Rechnungshof sich mit der Gesellschaft für Hopfenforschung auseinandergesetzt hat, können wir kein Interesse daran haben, dass unsere zehntausenden bayerischen Hopfenbauern ihre Erwerbsgrundlage verlieren, die bayerische Kulturlandschaft nicht mehr so aussieht, wie sie bisher aussieht, und darum muss ich Ihnen sagen, auch wenn man beim Hopfen in erster Linie an das Bier denkt: Das war eine echte Schnapsidee.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Jetzt bitte ich Staatsminister Dr. Söder zum Rednerpult.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jedes Mal stelle ich mir vor, wie der Oberste Rechnungshof in anderen Bundesländern vorgehen würde. Ich nehme an, der Oberste Rechnungshof ist in anderen Bundesländern genauso kompetent, bissig, griffig und zuspitzend wie bei uns. Wenn in Düsseldorf in Nordrhein-Westfalen, dem Land, als dessen Schutzpatron sich Herr Halbleib in der Regel versteht, eine solche Debatte stattfinden würde, wäre an einem solchem Tag Heulen und Zähneklappern angesagt. In Bayern ist ein sehr gutes Ergebnis zu verzeichnen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Haushaltspolitik ist die Mutter aller Politik. In unserem Haushalt gibt es sehr viele Einzelposten, die zusammengefasst werden. Das sind insgesamt 5.000 Seiten. Das alles zu prüfen sowie in Balance und in ein Gesamtkunstwerk zu bringen, ist die Herausfor-

derung, vor der wir stehen. Vielleicht kann man den gesamten Haushalt mit einem Blutbild beim Arzt vergleichen. Es zeigt Entzündungsherde und den Gesundheitszustand eines Patienten. Eines steht fest: Das Lob und die Diagnose des ORH zeigen, dass sich Bayern in einem Top-Zustand befindet. Die anderen würden sich das nur wünschen.

(Beifall bei der CSU)

Ich respektiere die eine oder andere Kritik des ORH. Er muss auch kritisieren. Das Verwaltungshandeln kann nicht über alle Häuser hinweg und in allen Fällen perfekt sein. Entscheidend ist jedoch – darüber haben wir in diesem Haus in den letzten Jahren vor allem geredet –, ob die Grundarchitektur der Finanzpolitik stimmt. Wie sieht es mit den Rahmendaten aus? - In den letzten Jahren hat der ORH besonders auf ein solides Fundament Bayerns Wert gelegt. Meine Damen und Herren, der ORH hat uns, wenn ich das sagen darf, für seine Verhältnisse gelobt. In der Pressemitteilung steht:

Positiver Finanzierungssaldo, Begrenzung des Ausgabenanstiegs und die erstmalige Tilgung von Schulden des Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB, das alles findet sich im Haushaltsgesetz 2015/2016 wieder. Damit hat der Haushaltsgesetzgeber fundamentale Anliegen des ORH aufgegriffen.

Ich würde sagen, für den ORH ist das ein euphorisches Lob – vielen Dank dafür. Damit haben Sie auch recht.

(Beifall bei der CSU)

Wir erwähnen NRW nicht deswegen, weil wir dieses Land schlechtmachen wollen. Wir erwähnen NRW immer wieder, weil es ein Land ist, das in Größe und Kraft ein mit Bayern vergleichbarer Partner ist. Es wäre unfair, wenn wir uns mit anderen Bundesländern wie Berlin auseinandersetzen würden. Das tun wir nicht. Ich nenne Vergleichszahlen aus dem Land NRW: Ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen macht jede Sekunde 66 Euro neue Schulden. Die Gesamtschuldenlast wurde auf 190 Milliar-

den Euro erhöht. Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern tilgt jede Sekunde 15 Euro alte Schulden. Meine Damen und Herren, wir tilgen und tilgen. Wir werden das erste Bundesland sein, das schuldenfrei ist. Kein anderes Bundesland schafft das.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben unser Wachstum ganz vorsichtig begrenzt. Das wird uns noch nützen. Wachstum muss jedoch sein. Das unterscheidet Bayern von anderen Ländern. Bei uns findet Wachstum statt. Wir sind ein Land, das wächst – an Personen, an Arbeitsplätzen, an Innovation und Zukunft. Deswegen brauchen wir Wachstum. Trotzdem haben wir das Wachstum auf 3 % begrenzt. Wir haben – das stellt der ORH fest – das erste Mal seit 1971 buchhalterisch einen sogenannten positiven Finanzierungssaldo vorgelegt. Man soll mit Lob nicht übertreiben. Liebe Freunde, das ist jedoch eine neue Komponente in der Finanzpolitik. Ich finde, zwar sollte man nicht übertreiben, das ist jedoch ein ganz besonderes Merkmal. Kein anderes Bundesland hat eine solche Leistung erbracht. Darauf sind die Bayern stolz.

(Beifall bei der CSU)

Wir wirtschaften gut. Wir geben kein Geld aus, das nicht durch Steuereinnahmen gedeckt wird. Nein, wir erwirtschaften das Geld durch Überschüsse und das Einziehen von Ausgaberesten. Wir verfügen über eine stabile Rücklage von fast vier Milliarden Euro. Trotzdem leisten wir in zentralen politischen Feldern Investitionen für die Zukunft. Wir haben mit die höchste Investitionsquote in Deutschland. Jeder dritte Euro wird für Forschung, Bildung und Schule ausgegeben.

Der ländliche Raum ist ein zentraler Schwerpunkt unserer Haushaltsaufgabe. Das zeigt der kommunale Finanzausgleich mit einem Rekordvolumen von 8,3 Milliarden Euro. Erst letzte Woche hat mir das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in einem Gespräch bestätigt, dass in ganz Deutschland 1,8 bis 1,9 Milliarden Euro nur für den Breitbandausbau veranschlagt werden. Liebe Freunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, in Bayern befinden sich 86 % aller bayerischen

Gemeinden schon im Förderverfahren. Am Ende investieren wir 1,5 Milliarden Euro. Während die anderen noch über Regulierung und Förderung reden, werden wir in Bayern bereits überall online sein. Ich glaube, das ist ein wichtiges Signal.

(Beifall bei der CSU)

Bevor wir über die Stellen reden, will ich eines sagen: In jedem Gespräch mit unserem öffentlichen Dienst, den wir sehr schätzen und der uns anvertraut ist, ist ein zentrales Argument besonders wichtig. In anderen Bundesländern wird gestritten, gebissen, gekratzt und gefeilscht, ob man Tarifabschlüsse bei den Angestellten für die Beamten übernehmen kann. In Bayern gibt es darüber keine Diskussion. Wir übernehmen zeitgleich, wir übernehmen eins zu eins. Wir wollen nämlich keine Zweiklassengesellschaft im öffentlichen Dienst. Wir haben zugesagt, unsere Beamten ordentlich zu bezahlen und zu unterstützen, und dabei bleibt es auch. Glauben Sie mir, es ist besser, Beamter in Bayern zu sein als sonst wo in Deutschland, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Es folgt ein kleiner Hinweis zur Steuer. Ich weiß, der ORH erwähnt das immer wieder, und ich glaube, das Kapitel ist einfach im Verfahren eingeblockt. Darum wird es immer wieder erwähnt. An dieser Stelle wäre der Vergleich mit anderen Bundesländern besonders spannend; denn ich kenne viele Kollegen, die darüber reden, ob man diese hohen Belastungen nicht anders auflösen könnte, indem man möglicherweise auslagert, outsourct oder Ähnliches macht. Wir haben das nicht vor, ganz im Gegenteil. Wir glauben, dass die Steuer ein Kernbereich staatlicher Verwaltung ist und besonders schutzwürdig und seriös sein muss. Deswegen haben wir übrigens seit dem Jahr 2009 fast 2.000 neue Stellen geschaffen. Wir haben die Stellenzahl tatsächlich erhöht. Allein das Personal bei der Steuerfahndung ist um 25 % aufgestockt worden, meine Damen und Herren. Wenn man die Mehreinnahmen der letzten zwei Jahre zusammenrechnet, ergeben sich auch durch unsere Sondermaßnahme bei der Steuerfahn-

derung über 633 Millionen Euro an Mehreinnahmen. Ich finde, das kann sich sehen lassen. Wir werden unserer Verantwortung gerecht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich gebe aber zu: Schlaraffenland, Paradies kann so nicht sein. Wir haben eine sehr stabile, robuste Grundlage. Wir freuen uns, dass die Steuerschätzungen weiter nach oben gehen und nach dem Rekordergebnis vom letzten Jahr nach den neuesten Schätzungen aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, besonders Bayerns, noch etwas dazukommt. Aber natürlich wissen wir, dass es Herausforderungen gibt. Ich will an dieser Stelle zwei oder drei dieser Herausforderungen nennen, die uns beschäftigen werden. Dazu gehört natürlich – das streite ich nicht ab, Herr Pohl – die Herausforderung der Landesbank, wobei ich sagen möchte, meine Damen und Herren: Was haben wir in den letzten drei Jahren bei diesem Thema alles gemeinsam geschafft? - Wir haben ein EU-Verfahren abgeschlossen, während die WestLB abgewickelt wurde.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben in schwierigstem Umfeld Altlasten beseitigt, meine Damen und Herren, nicht nur in Ungarn; wir haben beispielsweise auch das ABS-Portfolio abgewickelt, übrigens, Herr Halbleib, mit einem Gewinn für den Freistaat Bayern von über einer Milliarde Euro.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Gesamtbilanz ist etwas anderes!)

Meine Damen und Herren, das ist wichtig zu sagen: Die Bank bewährt sich auf dem Markt und hat im Kerngeschäft wieder Gewinn gemacht. Es bleibt die letzte große Herausforderung Österreich. Das wissen wir. Ich habe mich sehr gefreut, nachdem wir hier viele Vorschläge hatten, schon lange bevor wir verhandelt haben, dass wir am Ende doch vor Gericht eine Bestätigung bekommen haben. Die Landesbank hat sich

in dieser Angelegenheit rechtens verhalten und kann sagen, sie hat Anspruch auf dieses Geld, das wir auch wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die größte Herausforderung werden natürlich die Asylsuchenden sein. Das werden wir an anderer Stelle bewerten müssen. Ich glaube, das kann nur Bayern leisten. Aber es wird eine große Herausforderung für uns. Wir haben in den letzten Monaten gezeigt, dass wir ein weltoffenes, ein christlich geprägtes, ein hilfsbereites Land sind. Wir haben vielen Menschen Zuflucht gegeben. Wir sehen aber, dass die Zahl der Asylsuchenden weiter steigt, die Berechtigung in einigen Fällen sehr fraglich ist und dass die Kosten explodieren. Selbst der jetzt scheidende Städtetagspräsident hat gesagt, dass Bayern, was die Unterstützung der Kommunen betrifft, anders ist als die anderen Bundesländer. Das kostet aber Geld. Meine Damen und Herren, wenn es in diesem Jahr um das Thema Nachtragshaushalt geht, werden wir sehen – hier handelt es sich um gesetzliche Leistungen –, dass wir möglicherweise sehr große Beträge in die Hand nehmen müssen, um diese Herausforderung zu meistern. Darum muss uns auch klar sein: Wir haben keine weiteren Spielräume. Erst müssen wir diese schwierigen Aufgaben bewältigen. Ich glaube, dass es ein wichtiges Signal ist, an der Erledigung von Aufgaben zu arbeiten. Wir dürfen aber nicht stehen bleiben. Wir brauchen bei diesem Thema politische Lösungen, damit wir am Ende nicht finanziell und gesellschaftlich überfordert sind, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich mache es kurz und sage noch einmal allen Danke schön, die an diesem Werk mitgearbeitet haben, vor allem dem Haushaltsausschuss. Alle Ausschüsse im Landtag leisten großartige Arbeit. Der Haushaltsausschuss ist halt der Marathonausschuss, weil er in vielen langen Sitzungen seine Aufgaben bewältigen muss. Er muss die vielen Hundert Einzelposten durchgehen. Ich sage dafür ein Dankeschön. Zum ORH sage ich: Bassd scho!

(Heiterkeit bei der CSU)

Sie könnten sich in puncto Freundlichkeit sicherlich noch weiterentwickeln; aber das entscheiden Sie natürlich selber. Wir jedenfalls nehmen Anregungen des ORH immer ernst. Wir teilen nicht jede Anregung, meine Damen und Herren, weil politische Erwägungen manchmal andere sind als die Erwägungen eines Rechnungsprüfers, der etwas auf den Punkt genau zu entscheiden hat. Dafür sind wir auch – wenn ich das sagen darf – vom Volk beauftragt und legitimiert. Das ist unsere entscheidende Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Die Bürger geben dann alle paar Jahre ihr Urteil ab. Ihr Urteil ist uns natürlich wichtig. Ich glaube, wir haben sehr darauf geachtet, alle Anregungen aufzunehmen. Wir werden das auch in Zukunft tun. Nennen Sie mir ein Bundesland, das in Deutschland diese Stabilität, diese Stärke, diese Kraft und diese Seriosität hat. Sie werden keines finden. Darauf sind wir stolz. Wir bedanken uns beim ORH und setzen diesen Weg konsequent fort.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache nun geschlossen. - Ich bitte um Aufmerksamkeit. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 5 abstimmen. Der Abstimmung zugrunde liegt die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/6432. Ich gehe davon aus, dass über die einzelnen Nummern getrennt abgestimmt werden soll.

Nach der Nummer 1 der Beschlussempfehlung soll der Staatsregierung aufgrund der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2013 und des Jahresberichts 2015 des Bay-

erischen Obersten Rechnungshofs gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaats Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung für das Haushaltsjahr 2013 Entlastung erteilt werden. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Ich darf bitten, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist es so beschlossen.

Nach der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen soll die Staatsregierung gemäß Artikel 114 Absatz 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht werden, entsprechend den Buchstaben a) bis k) eine Reihe von Maßnahmen zu veranlassen und hierzu dem Landtag zu berichten. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 17/6432. Ich lasse zunächst über die Buchstaben 2 a), 2 e), 2 h) und 2 i), zu denen kein einstimmiges Ausschussvotum vorliegt, einzeln abstimmen.

Wer dem Buchstaben 2 a) zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen von SPD, FREIEN WÄHLERN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen nun zum Buchstaben 2 e). Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das ist die CSU. Gegenstimmen! – Die Fraktionen von SPD, FREIEN WÄHLERN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Dann ist das so beschlossen.

Wer dem Buchstaben 2 h) zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Wer dem Buchstaben 2 i) zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Dann ist das so beschlossen.

Nun lasse ich gemeinsam über die einstimmig beschlossenen Buchstaben 2 b) bis 2 d), 2 f) und 2 g), 2 j) und 2 k) abstimmen. Wer der Nummer 2 insoweit zustimmen möchte, den bitte ich nun um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Dann ist das so beschlossen.

Der Nummer 2 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen ist damit in allen Punkten zugestimmt worden.

Nach der Nummer 3 der Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen dem Landtag, gemäß Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung festzustellen, dass es bei der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen organisatorische Defizite gibt. Wer der Nummer 3 zustimmen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Der Nummer 3 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses ist damit ebenfalls zugestimmt worden.

Damit ist der Staatsregierung nach Maßgabe der soeben beschlossenen Ersuchen und Feststellungen die Entlastung für das Haushaltsjahr 2013 gemäß Artikel 80 der Verfassung des Freistaates Bayern und Artikel 114 Absatz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung erteilt.

Ich lasse nun über den Tagesordnungspunkt 6 - das ist die Entlastung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs - abstimmen. Nach der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/6325 soll dem Bayerischen Obersten Rechnungshof für das

Haushaltsjahr 2013 die Entlastung erteilt werden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREI-EN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Auch keine Stimmenthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Dem Bayerischen Obersten Rechnungshof ist gemäß Artikel 101 der Bayerischen Haushaltsordnung ebenfalls die Entlastung erteilt. Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 sind damit erledigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf nun auf der Ehrentribüne den Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Herrn Dr. Petri, und seine Gäste sehr herzlich begrüßen und bei uns im Bayerischen Landtag willkommen heißen.

(Allgemeiner Beifall)